

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739
beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 53, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a. M., 17. März 1949

Seite 1

Aus der Union

Der vierte Landesparteitag der CDU Nordbaden findet am 2. und 3. April 1949 statt.

Kulturpolitik

Dr. Konrad Adenauer gab auf einer Sonderkonferenz der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands seinen Bedauern über die Zersplitterung des christlichen Volkes Ausdruck, die in Bonn in der Frage des Elternrechtes und des Konkordates nicht zu dem gewünschten Erfolge geführt habe. Dieser unheilvolle Gegensatz dürfe sich bei den kommenden Wahlen zum Bundsparlament nicht wiederholen, da diesen Wahlen eine entscheidende Bedeutung zukomme.

Wohnungsbau

Die Bremer Bürgerschaft bewilligte 36 Mill. D-Mark für den Wohnungsbau, nachdem sämtliche Fraktionen sich für eine schnelle, umfangreiche und billige Wohnraumbeschaffung ausgesprochen hatten. Die CDU-Fraktion beantragte eine möglichst starke Förderung der privaten Wohnbautätigkeit.

Kulturpolitik

Auf der Landeskonzferenz der CDU-Messens in Korbach teilte Minister Dr. Hilpert mit, dass der Erlass eines alliierten Pressegesetzes für die Bizone unmittelbar bevorstehe.

Flüchtlingswesen

Der Zentralbankrat der Länder sprach sich für die Aufrechterhaltung der Kreditbeschränkung aus, sagte aber eine grosszügige Handhabung der Kreditsperre für die Flüchtlingsbetriebe zu.

Junge Union

Der Sozialpolitische Arbeitskreis der Jungen Union von Nordrhein-Westfalen sprach sich gegen die Einführung des Arbeitsdienstes aus, da diese Form der Jugendbetreuung nur eine Zwischenlösung darstellen würde, die die Not hinausschiebt. Stattdessen fordert die Junge Union eine weitgehende Unterstützung der bereits bestehenden Selbsthilfewerke der Jugend durch Staat, Wirtschaft und Bürgerschaft.

In einer stark besuchten Mitgliederversammlung der Jungen Union in Bremen wurde der bisherige Kreisvorsitzende Anton Bachmann einstimmig wiedergewählt. Dr. Mübbert sprach in einem ausgezeichneten Vortrag über die Wandlung in der Weltwirtschaft.

Landwirtschaft

CDU und Landwirtschaft

Der landwirtschaftliche Ausschuss der CDU Nord-Württemberg hat auf seiner letzten Arbeitstagung in Stuttgart die agrarpolitischen Probleme der Gegenwart eingehend beraten. Der Ausschuss vertritt die Auffassung, dass die Zwangswirtschaft im Rahmen des Möglichen planmässig und systematisch abgebaut werden muss. Die wichtigste Aufgabe sieht er in der Herstellung der Rentabilität und Sicherung der Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft durch grösstmögliche Steigerung der Produktion auf dem Wege der Förderung aller Methoden der Rationalisierung der einzelnen Betriebe wie auch der gesamten Landwirtschaft, auf dem Gebiete der Viehwirtschaft, des Ackerbaues, der Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit, des Obstbaues und der Geflügelsucht. Die Durchführung dieses Programmes erfordert darüber hinaus einen zielbewussten und planmässigen Ausbau des Genossenschaftswesens.

Um dieses Ziel zu erreichen, hält der Ausschuss eine grosszügige Aufklärungs- und Beratungsaktion für erforderlich. Nicht zuletzt erachtet der Ausschuss kreditpolitische Massnahmen für dringend nötig, um die notwendige Reform der bäuerlichen Betriebsführung durchführen zu können. Nur zusammen mit der Steigerung der Rentabilität der Landwirtschaft kann auch das ernste Problem der Landarbeiterfrage befriedigend gelöst werden. Die Landwirtschaft muss die Möglichkeit erhalten, ihre Arbeiter besser zu entlohnen und ihnen bessere soziale und kulturelle Lebensbedingungen zu schaffen.

Kulturpolitik

Minister Zinn auf dem Kriegspfad

Der hessische Justizminister Georg A. Zinn hat auf einer SPD-Wahlkundgebung in Korbach es als "unverantwortlich" bezeichnet, in einer Zeit, da man berührt sein müsse, nicht noch mehr Schranken im Volke aufzurichten, die Konfessionsschule aufzubauen. Minister Zinn nahm damit zu der Haltung der CDU/CSU Stellung, die in Bonn die Anerkennung des Rechtes der Eltern, den Schulcharakter zu bestimmen, gefordert haben.

Als treuer Gefolgsmann der Hannoverschen Befehlszentrale hat der SPD-Minister sich als Vertreter jenes überbetonten Staatsdenkens aufgespielt, das auf die Vergewaltigung der freien Gewissensentscheidung der Eltern hinausläuft. Es ist erschütternd, dass alle Erfahrungen in einem totalen Staat auf dem Gebiet der Erziehung und der grauenvolle Anschauungsunterricht in der Sowjetzone so wenig gefruchtet haben. Es ist erschütternd, zu sehen, dass Kreise, die während des Nazistates sich gegen totalitäre Machtansprüche zur Wehr setzten, den damals verurteilten Staatsanspruch sich zu eigen machen. Dieselben Kreise, die sich heute nicht genug darin tun können, der Kirche Einnischung in die Politik und totalitäre Bestrebungen vorzuwerfen, haben vorgestern derselben Kirche - wenn auch zu unrecht - vorgeworfen, dass sie zur Nazizeit gegen den totalen Ungeist der Unduldsamkeit geschwiegen habe. Dieselben Kreise, die für jeden Verein und für jede Gewerkschaft in Anspruch nehmen, Hüter demokratischer Rechte zu sein, wollen einer kulturpolitischen Institution das Recht vorenthalten, sich um die Angelegenheiten des Gewissens zu bekümmern. Es sind immer dieselben, die sich ammassen, darüber zu befinden, was andere zu tun und zu lassen haben. Es wäre zuviel verlangt, von solchen Kreisen soviel Toleranz und demokratische

Gesinnung zu erwarten, dass sie den christlichen Eltern das unentäußliche Recht zuerkennen, darüber zu befinden, welchen Charakter die Schule haben soll, die ihre Kinder besuchen sollen. Hier zeigen sich die Anfänge einer totalitären Entwicklung, gegen die sich die christliche Elternschaft mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzt.

Mit welchem Nachdruck die christlichen Eltern das natürliche Recht der Gewissensfreiheit fordern, dürfte der Aufmerksamkeit des sozialdemokratischen Justizministers Zinn schwerlich entgangen sein. Es dürfte ihm also auch nicht unbekannt geblieben sein, dass allein in Bayern 600 000 Eltern die Anerkennung ihres Rechtes forderten; Rhein Hessen hat rund 200 000 Unterschriften im gleichen Sinne aufgebracht. Katholikenausschüsse und Synodalbeschlüsse erheben allenthalben ihre Stimme im Namen der christlichen Laienwelt. Zahlreiche Gemeinderäte einschliesslich der SPD-Vertreter richteten Eingaben an den Parlamentarischen Rat. In Nürnberg, das von der SPD so gerne als Hochburg bezeichnet wird, und wo die CSU bei den letzten Wahlen von 15 auf 7 Stadtverordnete zurückfiel, erhielt die von der SPD, KPD und FDP gestützte Liste für die Wahl der Elternbeiräte 128 Vertreter, während die evangelisch-katholische Elternvereinigung nicht weniger als 124 Vertreter erhielt. Hier wie überall erweist sich, dass selbst eingeschriebene Mitglieder und politische Funktionäre der SPD, der Liberalen und selbst der Kommunisten in den Fragen des Elternrechts nicht der Doktrin ihrer Parteien, sondern der Stimme ihres Gewissens und dem Rufe ihrer Kirche gefolgt sind. Minister Zinn bezeichnet das als "unverantwortlich!!"

Diese unleugbare Tatsache ist es, die die Demokraten vom Schlage des Ministers Zinn davon abhält, der Forderung der christlichen Elternschaft zuzustimmen, die Frage des Erziehungsrechtes dem Volke zur Entscheidung vorzulegen. Es ist die pure Angst vor der Niederlage, die die SPD zwingt, in diesem entscheidenden Punkte die Grundsätze der Demokratie glatt zu verleugnen. Stattdessen malt der hessische Justizminister Zinn das Schreckgespenst des Kulturkampfes an die Wand. Wenn er sich schon in solchen geschichtlichen Anspielungen gefällt, dann hätte er gleich hinzufügen sollen, dass dieser Kampf selbst für den "Eisernen Kanzler" keinen rühmlichen Ausgang genommen hat.

Das letzte Wort über das Erziehungsrecht der christlichen Elternschaft ist auch in Bonn noch nicht gefallen. Die SPD mitsamt ihren Trabanten aus dem Lager der KPD und der FDP wird sich damit abfinden müssen, dass das christliche Volk aus Gründen des Gewissens und der Überzeugung seine Rechte verteidigen wird, auch wenn dadurch dem hessischen Justizminister Zinn das Konzept verdorben wird.

Verantwortlich: Bruno Lörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64
 Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W/2065
 Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a. M., II /49 / 600.
 Veröffentlichungen nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
